

IWF-Tagung

Weidmann warnt vor Koordinierung der Geldpolitik

11.10.2013 · Der Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat am Rande der Jahrestagung des IWF davor gewarnt, die Geldpolitik der Notenbanken international abzustimmen. Er kritisiert damit Vorschläge, unter anderem des IWF, für mehr Kooperation.

Patrick Welter,



Washington

© AFP  Jens Weidmann

Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat davor gewarnt, die Geldpolitik der Notenbanken in internationalen Absprachen abzustimmen oder zu koordinieren. Ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen Notenbanken sei eine „seit langem geübte Praxis“, sagte Weidmann am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. „Das kann aber nicht bedeuten, dass die Notenbanken sich untereinander zu einer bestimmten Geldpolitik verpflichten.“

Weidmann kritisierte damit die Vorschläge unter anderem des IWF, der im Ausstieg aus der extrem lockeren Geldpolitik nach der Krise den Notenbanken eine enge Kooperation nahegelegt hatte. Dabei hatte der Fonds sich selbst auch angeboten, um zu helfen. Solche Forderungen sind wieder aufgeflammt, nachdem schon die ersten Erwägungen der amerikanischen Notenbank Federal Reserve seit dem Frühjahr, ihre Käufe von Anleihen in Milliardenhöhe zu verringern, die langfristigen Zinsen haben steigen lassen und zu einem Kapitalabfluss aus den Schwellenländern führten.

Der Bundesbankpräsident erklärte, jede Notenbank müsse ihr eigenes Mandat erfüllen, was in der Regel die Preisstabilität im eigenen Währungsraum sei. „Ich bin überzeugt: Preisstabilität

lässt sich zuverlässig gewährleisten, wenn jede Notenbank sich darauf konzentriert, diese in ihrem Heimatland zu erreichen“, sagte er.

Furcht vor dem Ende der lockeren Geldpolitik

Die Erwägungen der Federal Reserve zu einem schrittweisen Ausstieg aus dem Anleihekauf sind eines der Themen der Treffen von Finanzministern, Notenbankgouverneuren und Bankern in Washington. Der IWF sowie Schwellen- und Entwicklungsländer fürchten, dass mit dem Ende der lockeren Geldpolitik Turbulenzen drohen und noch mehr Kapital aus den Schwellenländern abgezogen werde.

Zeti Akhtar Aziz, die Gouverneurin der Notenbank von Malaysia, betonte auf einer Tagung des Bankenverbands Institute of International Finance in Washington, dass den Schwellenländern nichts übrigbliebe, als sich selbst gegen Belastungen aus den großen Industriestaaten zu wappnen. „Wir sähen gerne, dass die Rücknahme der Anleihekäufe in geordneten Bahnen vor sich geht“, mahnte sie.

„Es ist unsere Pflicht, unsere Pläne so klar wie möglich zu kommunizieren, um Marktschwankungen zu minimieren“, antwortete Jerome Powell, Mitglied im Gouverneursrat der Fed. Die Fed versuche indes, die Nachfrage zu stärken, betonte Powell. Wenn das gelänge, profitierten alle auf der Welt davon.

Schwellenländer fordern langsamen Exit

Die G-24-Gruppe von Schwellen- und Entwicklungsländern forderte die Notenbanken der Industriestaaten dazu auf, die Folgen ihrer Geldpolitik für die Welt zu beachten. „Wir rufen die entwickelten Länder dazu auf, die negativen Überschwappeffekte zu berücksichtigen und ihre Ausstiegsstrategien klar zu kommunizieren“, heißt es in einer Erklärung der G24.

Brasiliens Finanzminister Guido Mantega, der der Innenpolitik Vorrang gab und diesmal nicht nach Washington reiste, forderte aus Sao Paulo eine „sehr schrittweise“ Rückführung des monetären Stimulus durch die Notenbank Federal Reserve (Fed), damit Schwierigkeiten für die Schwellenländern vermieden würden. Die Berufung von Janet Yellen an die Spitze der Fed schein ein Schritt in die richtige Richtung zu sein, sagte Mantega der Nachrichtenagentur Reuters.

Kanada will schnellstmöglichen Ausstieg

Eine gegenteilige Mahnung an die Federal Reserve richtete in Washington Kanadas Finanzminister James Flaherty. Er sagte, die Notenbank solle den Anleiheankauf möglichst schnell beenden. Er sei nie für die quantitative Lockerung gewesen. „Jetzt, nachdem sie es gemacht haben, sollten sie so schnell wie möglich daraus herauskommen.“ Flaherty warnte, das der Anleihekauf, die quantitative Lockerung, nur „eine kurzfristige Abhilfe“ sei, die langfristig schädliche Folgen nach sich ziehe.